



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Briten blockieren den EU-Haushalt

Der EU Haushalt für 2011 wird zwischen dem Rat der 27 Mitgliedstaaten und dem EU-Parlament vereinbart. Leider ist es nicht gelungen, zu einer solchen Vereinbarung zu kommen. Vor allem Großbritannien verweigerte sich. Das bedeutet, dass der europäische Haushalt monatsweise in 2011 verabschiedet werden muss - ein aufwändiges Verfahren, das zudem nicht erlaubt, neue Projekte in Angriff zu nehmen. Damit wäre die Gründung des auswärtigen europäischen Dienstes zum 1. Januar hinfällig. Also: Große Aufregung und fieberhafte Suche nach Auswegen. Zum Hintergrund: Sowohl Parlament als auch Rat graben die Startlöcher für die großen Haushaltsverhandlungen um die mittelfristige Finanzplanung 2014 bis 2020. Diese Verhandlungen - sowohl zwischen den Mitgliedstaaten als auch zwischen dem Rat und dem Parlament - müssen bald beginnen, um festzulegen, wieviel

Geld die EU insgesamt erhalten soll, wofür, welcher Mitgliedstaat der EU künftig welche Summen zahlen und welche erhalten soll. Große Auseinandersetzungen werfen ihre Schatten voraus... Das Parlament bereitet sich schon jetzt vor und hat zu diesem Zweck einen speziellen Ausschuss eingerichtet, um die politischen Herausforderungen zu diskutieren und um konkrete Vorschläge zu entwickeln. In diesem Ausschuss bin ich stellvertretendes Mitglied.

Schnapsbrenner: Monopol bis 2017

Prosit: Unsere kleinen und mittleren Brennereien in Deutschland können aufatmen. Die Abgeordneten haben einer einmaligen Beihilfenverlängerung in Europa zugestimmt. Danach darf das Monopol in Deutschland, abweichend von EU-Vorschriften, weiterhin Ethanylalkohol landwirtschaftlichen Ursprungs vermarkten. Der Gesamtbetrag beträgt derzeit weniger als 80 Mio. Euro und darf 110 Mio. Euro jährlich nicht überschreiten. Geplant war, dass diese Ausnah-

meregelung am 31. Dezember 2010 ausläuft. Die Brennereien benötigen jedoch mehr Zeit, um sich dem freien Markt und dem Wettbewerbsdruck anpassen zu können. Die Erzeugung und die Verkäufe müssen schrittweise verringert werden, damit das Monopol per 1. Januar 2018 endgültig abgeschafft werden kann.

Parlament will staatliche Kohlebeihilfen bis 2018

Die Stilllegung nicht wettbewerbsfähiger Steinkohlekraftwerke wird nicht zu einer Verringerung der CO₂-Emissionen führen, dafür wären die daraus resultierenden sozialen Folgen umso gravierender. Betroffen wären rund 100 000 Arbeiter im Kohlesektor sowie die damit in Verbindung stehenden Wirtschaftszweige. In einem Entschließungsantrag sprechen sich die Abgeordneten daher für eine Verlängerung der Laufzeit von Steinkohlebergwerken bis Ende 2018 aus.

Das Parlament nimmt bei diesem Rechtsakt nur eine beratende Funktion ein, dennoch setzt es ein Signal an den Rat, der

So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland
Telefon: +49732120071 | Telefax: +49732120073
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
Rue Wiertz, ASP 15 E 130 | 1047 Brüssel | Belgien
Telefon: +3222845868 | Telefax: +3222849868
ingeorg.graessle@europarl.europa.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich
Telefon: +33388175868 | Telefax: +33388179868
ingeorg.graessle@europarl.europa.eu



voraussichtlich am 10. Dezember eine Entscheidung treffen wird.

Irland erhält 13 Mio. Euro für Flutschäden

Irland unter Wasser: Für die großen Zerstörungen im November 2009 nach heftigen Regenfällen bekommt die grüne Insel 13 Mio. Euro aus dem Europäischen Solidaritätsfonds. Der Gesamtschaden belief sich auf rund 520 Mio. Euro.

Ärgernis der Woche: Gehaltserhöhungen

Gehaltserhöhungen für EU-Beschäftigte werden jährlich nach einem festgelegten Modus berechnet: 3,7% ab Juli 2009 kam heraus. Der Rat der EU-Mitgliedstaaten wollte wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise nur die Hälfte geben. Dagegen klagte die EU-Kommission - und bekam in dieser Woche Recht. Danach hat der Rat keinen Ermessensspielraum. Also: Rückwirkend zum 1. Juli 2009 müssen 3,7% mehr gezahlt werden und ab 1. Juli 2010 gibt es weitere 0,4%. Die Pressemitteilung des EuGH können

Sie hier einsehen: <http://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2010-11/cp100114de.pdf>

Zwei Schlussfolgerungen: Der automatische Berechnungsmodus muss geändert werden, um auf Wirtschafts- und Finanzkrisen reagieren zu können. Und: Die europäischen Beschäftigten müssen einen Sparbeitrag erbringen. Im kommenden Jahr wird das entsprechende Gesetz geändert. Eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 37,5 Stunden und der Lebensarbeitszeit sowie die Streichung mancher Zulagen wären geeignete Maßnahmen. Dafür setze ich mich ein.

LUX-Filmpreis geht an "Die Fremde"

Der deutsche Beitrag der Regisseurin Feo Aladag über "Ehrenmorde" erhielt den Filmpreis des Parlaments, "LUX". Bis zu 100.000 Frauen sollen laut den Vereinten Nationen aufgrund von sog. "Ehrenmorden", also Mordverschwörungen von Familienangehörigen gegen Frauen aus der Familie zu Tode kommen.

Markenpiraterie den Kampf angesagt

Baden-Württemberg liegt auf Platz 1 bei der Innovationsfähigkeit. Nirgendwo in Europa werden mehr Patente, bezogen auf die Bevölkerungszahl, angemeldet als bei uns. Die Unternehmen müssen jedoch die Sicherheit haben, diese Investitionen in Forschung und Entwicklung wieder erwirtschaften zu können. Die Abgeordneten haben sich in einer Entschließung für das bisher noch nicht unterzeichnete multilaterale Handelsabkommen ACTA ausgesprochen. Ziel des Abkommens zwischen der EU, den USA, Australien, Singapur und 7 weiteren Partnern ist es, die Durchsetzung der geistigen Eigentumsrechte zu stärken, sowie Produktfälschungen und -kopien den Kampf anzusagen.

Besuch im EU-Parlament in Straßburg

Die Patientenstiftung Göppingen und das Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Wertheim waren bei uns in Straßburg zu Gast - insgesamt 114 Personen.

So können Sie mich erreichen: